

Haushalt 2017/2018

„Sicherheit und Zuversicht“

**Leitlinien und Schwerpunkte
der CDU-Landtagsfraktion**

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt,
Pressesprecherin
Marion Buchheit

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

Mainz, 21. Februar 2017

**Tischvorlage zum Pressegespräch
mit der Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Julia Klöckner,
dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Dr. Adolf Weiland,
und dem haushaltspolitischen Sprecher der Fraktion, Gerd Schreiner**

I. Sicherheit und Zuversicht - Wir investieren in die Zukunft von Stadt und Land ab 2018 ohne neue Schulden

Die CDU-Landtagsfraktion legt ihre Änderungsvorschläge zum Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 vor. Unsere zentralen Leitlinien sind dabei:

- wir setzen eigene politische Schwerpunkte und **investieren gezielt in die Zukunft** von Stadt und Land,
- wir kommen im Jahr 2018 **ohne Neuverschuldung** aus und schließen den Doppelhaushalt mit der **schwarzen Null** ab,
- wir stehen für **Bürgernähe** statt Koalitionsproporz.

Trotz Erhöhung der Neuverschuldung und trotz Rekordsteuereinnahmen **fehlen ausreichende Investitionen in zentralen Bereichen** der Landespolitik. Denn die Landesregierung setzt mit ihrem Haushaltsentwurf die falschen Schwerpunkte. Dieser Befund zieht sich seit Jahren wie ein roter Faden durch die Haushaltspolitik der Landesregierung. **Wir wollen das mit unseren Vorschlägen ändern.**

- Die Zahl der **Wohnungseinbrüche** steigt, wir haben **zu wenig Polizisten** auf unseren Straßen und die Justiz ist aufgrund des **Mangels an Richtern und Staatsanwälten** überlastet. Das zeigt: Wir brauchen richtungsweisende Entscheidungen für unser Land, um die **Innere Sicherheit** auch in Zukunft gewährleisten zu können.
- Gleichzeitig müssen wir die **politischen Rahmenbedingungen** so setzen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in ihrem sozialen Umfeld sicher in die Zukunft schauen können. Das erfordert **gezielte Investitionen in die Bildung und die Förderung von Familien**. Sie sind die tragende Säule unserer Gesellschaft.
- Mit unseren Haushaltsanträgen wollen wir **Zuversicht vermitteln. Zuversicht für die Menschen in den ländlichen Regionen**, die sich durch eine schlechter werdende Infrastruktur abgehängt fühlen. **Zuversicht für die Kommunen**, die aufgrund der vom Land an sie ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich übertragenen Aufgaben kaum noch Luft zum Atmen haben und oft nur noch verwalten, statt gestalten können.

Deshalb setzen wir als CDU-Landtagsfraktion klare Schwerpunkte:

- **Innere Sicherheit** 17,9 Mio. Euro für
9.500 Polizisten, mehr Richter und Staatsanwälte
- **Bildung** 27,9 Mio. Euro für unsere
„Unterrichtsgarantie 100Plus“
- **Familie** 20,3 Mio. Euro für das neue
Landesprogramm „Starke Familien“
- **Standort RLP** 81,1 Mio. Euro für
sichere Straßen und moderne Arbeitsplätze
- **Kommunen** 104,6 Mio. Euro damit Stadt und Land gut leben können

Unsere Schwerpunkte finanzieren wir durch Umschichtungen und Einsparungen gegen:

Einsparungen (auszugsweise)

• Transparenzgesetz	2,9 Mio. Euro
• Bürgerbüro StK	390.000 Euro
• Beauftragte der MP	164.000 Euro
• Stellen in den Ministerien	10,1 Mio. Euro
• Energieagentur	5,6 Mio. Euro
• Friedenakademie	590.000 Euro
• Entwicklungsagentur	5,7 Mio. Euro
• Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	8,1 Mio. Euro

Anpassung an den tatsächlichen Mittelabfluss/Auflösung von Haushaltsresten

IST-Anpassungen/Auflösung Haushaltsreste	240,1 Mio. Euro
--	------------------------

Freiwerdende Haushaltsmittel durch Umschichtungen (auszugsweise)

• Bereich Familie	14,8 Mio. Euro
• Bereich Bildung	2,0 Mio. Euro

Gesamtrechnung der Einsparungen/Umschichtungen und Ausgaben

	2017	2018
Nettokreditaufnahme Regierungsentwurf	291,1 Mio. Euro	54,0 Mio. Euro
Zusätzliche Ausgaben CDU-Landtagsfraktion	+ 114,5 Mio. Euro	+ 137,5 Mio. Euro
<u>Einsparungen</u>	- 324,3 Mio. Euro	- 193,8 Mio. Euro
Nettokreditaufnahme schuss)	81,3 Mio. Euro	- 2,3 Mio. Euro (Über-

Wir kommen ab 2018 ohne Neuverschuldung aus. Am Ende steht die Schwarze Null

Für das Jahr 2017 sieht der Haushaltsentwurf der Landesregierung eine **Nettokreditaufnahme von 291 Mio. Euro** und für das Jahr 2018 von **54 Mio. Euro** vor. Für die CDU-Landtagsfraktion ist es eine Selbstverständlichkeit, dass auch und gerade der Staat nur so viel Geld ausgeben darf, wie er einnimmt. **Wir senken die Nettokreditaufnahme für das Jahr 2017 deshalb auf 81,3 Mio. Euro und legen für das Jahr 2018 schon im Entwurf einen Haushalt ohne neue Schulden vor.**

Wir streichen erneut die Zuführungen zum Pensionsfonds aus grundsätzlich verfassungsrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Gründen. Weder Vorsorge für, noch Transparenz der Pensionslasten kann dieser Fonds leisten. Er ist umgeformt worden zu einem beliebig einsetzbaren Finanzierungsinstrument für den Landeshaushalt auf umstrittener Rechtsgrundlage. Das Urteil zu unserer diesbezüglichen Klage vor dem Verfassungsgerichtshof wird morgen verkündet.

Dank der stabilen und **guten Konjunkturlage** in Deutschland, dem **Fleiß und Ideenreichtum der Menschen und Unternehmen** können die öffentlichen Haushalte mit erheblichen **Steuermehreinnahmen** planen. Vor diesem Hintergrund ist nicht einzusehen, weshalb die Landesregierung den Doppelhaushalt im Entwurf nicht ausgeglichen hat.

Wir wollen Bürgernähe statt Koalitionsproporz

Im sogenannten **Integrationsministerium** wird ein buntes Sammelsurium unterschiedlichster Aufgaben verwaltet. Mit seiner Schaffung wurden wichtige Vernetzungen abgeschnitten. **Die Erfahrung der vergangenen Jahre bestätigt, dass diese Aufgaben billiger und besser im Innenministerium (Integration), im Sozialministerium (Familie, Frauen, Jugend) und im Justizministerium (Verbraucherschutz) wahrgenommen werden können.** Die CDU-Landtagsfraktion fordert Effizienz in der Verwaltung und deshalb die Reintegration dieser wichtigen Aufgaben in die Kernressorts.

Bei der Organisation innerhalb der Landesregierung ging Koalitionsarithmetik vor Vernunft. „Die rote Ampel“ belastet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler deshalb mit einer Vielzahl überflüssiger Ausgaben. Die CDU-Landtagsfraktion will,

dass verantwortungsvoll und sparsam mit Geld umgegangen wird, **mit der Gründung des sogenannten Integrationsministeriums wurden aber beispielsweise seinerzeit zusätzlich rund 50 Beamten- und Angestelltenstellen geschaffen.**

II. Unsere Gestaltungsschwerpunkte im Haushalt 2016

1. Wir stärken die Innere Sicherheit durch mehr Personal bei Polizei und Justiz und bessere Ausstattung

- **Mehr Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter:**
Um den Personalbestand bei der Polizei zeitnah, aber auch unter Berücksichtigung der derzeitigen Ausbildungskapazitäten aufzustocken, sollen **zusätzlich zu den bereits im Haushalt vorgesehenen Einstellungen in den Jahren 2017 und 2018 jeweils weitere 100 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter** eingestellt werden. Denn auch in diesem und im kommenden Jahr gleichen die geplanten Neueinstellungen aufgrund der derzeitigen Pensionierungswelle nicht die voraussichtlichen Abgänge aus. Die Einstellungen sollen soweit möglich relativ gleichmäßig auf die Einstellungstermine am 1. Mai und am 1. Oktober aufgeteilt werden.
- **Mehr Lehrkräfte an der Landespolizeischule:**
Mit der steigenden Zahl von Polizeianwärtern benötigt die Landespolizeischule zusätzliche personelle Kapazitäten, um eine qualifizierte Ausbildung zu garantieren. Deshalb sind **zwei Stellen für Sportlehrerinnen bzw. Sportlehrer sowie eine Stelle für einen Sozialberater** zu schaffen. **Eine neue E 13 Stellen soll mit einem Informatiker/Digitaler Forensiker für Cybercrime/Digitale Ermittlungskompetenz besetzt werden, eine weitere neue wird für eine Dozentin bzw. einen Dozenten an der Hochschule geschaffen.** Zudem stellen wir **mehr Mittel ein, um die Unterbringung der zusätzlichen Anwärterinnen und Anwärter** auf dem Hahn zu gewährleisten.
- **Mehr Tarifbeschäftigte im Polizeibereich:**
Die Polizeipräsidien und die Polizeistelle für Kriminaltechnik benötigen **zusätzliche Sachbearbeiter, um die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von polizeifremden Aufgaben weiter zu entlasten.** Dadurch könnten rein administrative Arbeiten von den Tarifbeschäftigten übernommen werden und somit Kapazitäten bei Polizeibeamtinnen und Polizeibe

amten für andere Tätigkeiten freigesetzt werden. Zudem können die Tarifbeschäftigten die Ermittlungskapazitäten verstärken, beispielsweise bei der Fahndung nach Einbrecherbanden. Ein Abbau von Stellen in der Polizeiverwaltung ist deshalb der völlig falsche Weg. **Wir wollen pro Haushaltsjahr zusätzlich 20 Tarifbeschäftigte einstellen.**

- **Mobile Arbeitsplätze - Modernisierung des Einsatzleitsystems:**

Um die Polizistinnen und Polizisten im administrativen Bereich zu unterstützen, müssen die **Streifenwagen** so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgabe als **mobile Arbeitsplätze und integrierter Bestandteil eines innovativen Einsatzleitsystems erfüllen können**. Die Beamtinnen und Beamten, die aufgrund der großen Einzugsgebiete ihrer Dienststellen teilweise lange Fahrtwege in Kauf nehmen müssen, müssen derzeit sehr viel Zeit für administrative Aufgaben aufwenden, die sie in der Regel erst in der Dienststelle erledigen können. Indem die Streifenwagen als mobile Dienststellen ausgerüstet werden, wird es den Beamtinnen und Beamten ermöglicht, schon während der Fahrt zahlreiche Aufgaben erledigen zu können. Dadurch wird die Polizeiarbeit effizienter gestaltet. Um dies umsetzen zu können, muss auch in den Dienststellen ein neues Einsatzleitsystem installiert werden. **Für diese Maßnahmen stellen wir im kommenden Doppelhaushalt insgesamt 4 Mio. Euro zur Verfügung.**

- **Personelle Verstärkung für Gerichte und Staatsanwaltschaften:**

Nach Angaben des rheinland-pfälzischen Richterbundes **fehlen 74 Richter bei den ordentlichen Gerichten und 23 Staatsanwälte**. Diese nüchternen Zahlen bilden allerdings nur bis zu einem gewissen Grad die tatsächliche Lage ab. Insbesondere die großen Strafkammern sind nach wie vor stark überlastet. Das Land muss Vorsorge treffen, dass sich Vorgänge wie im Jahr 2015 wiederholen, als zwei mutmaßliche Drogendealer aus der Untersuchungshaft entlassen werden mussten, weil ihnen wegen Personalmangels am Landgericht Koblenz nicht fristgerecht der Prozess gemacht werden konnte.

Der Staat hat die hoheitliche Aufgabe, dass Gesetz und Recht durchgesetzt und vollzogen werden. Ermittelte Straftäter müssen durch die Staatsanwaltschaften verfolgt, angeklagt und durch Gerichte in angemessener Zeit verurteilt werden. Die Strafgerichte sind dazu kaum noch in der Lage.

Deshalb muss Justiz endlich so ausgestattet werden, dass Verfahren zeitgerecht bearbeitet werden können. Allerdings setzt der neue Justizminister Mertin die Personalpolitik seines Vorgängers nahezu nahtlos fort: Stellen werden nicht neu geschaffen, sondern nur verschoben. Es werden Löcher gestopft, indem woanders neue gerissen werden.

Die CDU-Landtagsfraktion will Gerichte und Staatsanwaltschaften stärken: mit insgesamt 20 Stellen für Richter und Staatsanwälte.

- **Verstärkung der Landeszentralstelle Cybercrime:**

Die weltweite Datenvernetzung stellt die Strafverfolgungsbehörden vor immer neue Herausforderungen. **Die Bekämpfung bestimmter Erscheinungsformen der Computerkriminalität setzt teilweise ein hohes Spezialwissen voraus.** Um die Bekämpfung der dieser Kriminalitätsform zu intensivieren und den an die Ermittlungsführung gerichteten hohen Anforderungen dauerhaft gerecht werden zu können, wurde zum 1.10.2014 bei der **Generalstaatsanwaltschaft Koblenz** die **Landeszentralstelle Cybercrime (LZC)** eingerichtet. Sie nimmt für das gesamte Land Rheinland-Pfalz bestimmte Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der Computerkriminalität wahr. Seit ihrem Bestehen hat die LZC rund 1.500 Ermittlungsverfahren bearbeitet. Mit Blick auf die personelle Besetzung liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich mit den Ländern, die ähnlich arbeitende Zentralstellen eingerichtet haben, allerdings auf dem letzten Platz.

Die CDU-Landtagsfraktion hatte daher bereits in den zurückliegenden Haushaltsberatungen eine personelle Verstärkung der LZC gefordert. **Sie spricht sich auch für den kommenden Doppelhaushalt für eine personelle Verstärkung der LZC aus.**

- **Personelle Verstärkung im Strafvollzug:**

Der Strafvollzug in Rheinland-Pfalz übernimmt einen anspruchsvollen Dienst für den Rechtsstaat und das Gemeinwesen. Neben spezial- und generalpräventiven Zwecken dient er insbesondere dadurch der Sicherheit der Bevölkerung, dass er die Resozialisierung und Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft zur Aufgabe hat.

An die Bediensteten ergeben sich besondere Anforderungen: Die Beschäftigten im Strafvollzug schultern nicht nur erhebliche Mehraufgaben bei der Sicherungsverwahrung. Auch die Belegungssituation in den Haftanstalten ist nach wie vor angespannt. Der Umgang mit Strafgefangenen wird immer schwieriger. Es gibt zunehmende Aggressionsbereitschaft,

vermehrt psychische Auffälligkeiten und eine wachsende Drogenproblematik. Verständigungsprobleme in den Haftanstalten nehmen zu.

In den vergangenen Jahren wurden im Strafvollzug bereits in erheblichem Umfang Stellen gestrichen. Schon jetzt schieben die Beschäftigten einen erschreckenden Berg an **Überstunden** vor sich her: In der **Justizvollzugsanstalt Wittlich** sind es beispielsweise weit über **30.000 Stunden**, in der **JVA Rohrbach** sind es im Schnitt fast **120 Stunden pro Bediensteten**.

Dessen ungeachtet hat die Landesregierung angekündigt, bis zum Jahr 2020 weitere 60 Stellen im Strafvollzug zu streichen. Für die Haushaltsjahre 2017/2018 bedeutet dies bereits einen Wegfall von 25 Stellen – bei steigenden Belegungszahlen.

Die CDU-Fraktion spricht sich gegen die geplanten Stellenstreichungen aus. Sie will stattdessen im Vergleich zum Bestand jetzt 10 Stellen zusätzlich schaffen.

- **Mehr Mittel für die Islamismusprävention**

In Rheinland-Pfalz hat die **Zahl der radikalen Salafisten**, auch der gewaltbereiten, in den zurückliegenden Jahren **stetig zugenommen**. Nach Angaben des Innenministeriums befinden sich derzeit **120 Salafisten im Land**, 20 mehr als noch im Jahr 2014. Bisher hat die Landesregierung jedoch **keine ausreichenden präventiven Maßnahmen** ergriffen. Weder gibt es ein Ausstiegsprogramm noch ein Präventionsnetzwerk in Rheinland-Pfalz. Es mangelt in diesem Bereich an einem ganzheitlichen Konzept. **Wir stellen hierfür pro Haushaltsjahr zusätzlich 200.000 Euro zur Verfügung.**

2. Wir stärken die Bildung durch unsere „Unterrichtsgarantie 100Plus“

Eine sinnvolle Schwerpunktsetzung im Bildungsbereich gibt einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung den Vorrang. **Wir schaffen deshalb zusätzlich 550 neue Lehrerstellen und geben damit die „Unterrichtsgarantie 100Plus“.** Mit den veranschlagten Stellen und Mitteln wird ein entscheidender Schritt hin zu einer vollständigen Unterrichtsversorgung getan. Die Schulen

werden mit den zusätzlichen Stellen einen wichtigen Schritt gehen können, um die noch immer **große strukturelle Lücke in der Unterrichtsversorgung zu schließen**. In den Gymnasien, den Grundschulen und den Realschulen plus werden die Stellen neben einer **besseren Unterrichtsversorgung** dafür sorgen, einen Einstellungskorridor offen zu halten, der es jungen Lehrern ermöglicht, eine **verlässliche Stelle zu erhalten**, statt lediglich einen prekären Kurzzeitvertrag.

3. Wir stärken unsere Familien durch eine eigenes Landesprogramm „starke Familien“

Familien sind eine starke Einheit: Sie übernehmen eine Vielzahl von Aufgaben: Erziehung, Betreuung, Bildung, wirtschaftliche Fürsorge, Pflege der Großeltern und Kranken, emotionale Stärkung und Unterstützung der Familienmitglieder durch Trost, Anteilnahme und Lob. Kurz gesagt: **Ohne Familien wäre unsere Gesellschaft aufgeschmissen! Familie bleibt das Lebensmodell Nr.1 in Rheinland-Pfalz**, wobei die allermeisten jungen Menschen sich eine auf einer dauerhaften Partnerschaft beruhenden Familie wünschen. Der Zusammenhalt der Generationen in den Familien ist so gut wie lange nicht. Generationenkonflikte sind selten geworden. **Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb ein Landesprogramm „Starke Familien“.** Hierfür werden im Doppelhaushalt über 20 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Im Kern soll das Programm folgende Punkt abdecken:

- **Angebote für Familien auf einen Blick – Familienatlas Rheinland-Pfalz:**
Es gibt bisher **keine zentrale Anlaufstelle**, um Hilfestellungen und Familienangebote kennenzulernen und in Anspruch zu nehmen. Langwieriges Recherchieren und Suchen ist die Folge. **Daher braucht Rheinland-Pfalz einen Familienatlas, in dem alle Informationen und Angebote für Familien der verschiedenen Träger landeszentral gesammelt zu zugänglich gemacht werden.** Der Familienatlas ist interaktiv als Internetseite und als Familien-App zu gestalten.
- **Eltern vor Ort unterstützen:**
Familienpolitik ist mehr als Kita-Politik. Der Ausbau der Kindertagesstätten ist richtig und entspricht der Lebenswirklichkeit vieler Familien. Dennoch: Die Herausforderungen für Familien enden nicht mit der Schließzeit der Kindertagesstätten. Zudem wünschen sich viele Eltern für

die ersten Monate und Jahre ihrer Kinder keine Kitabetreuung. Daher muss auch das Familienleben neben der Kita gefördert werden:

- **Neue Fördermöglichkeiten für Elterninitiativen und Krabbelgruppen** vor Ort (Bildungsaufwendung, Sachausgaben, Vernetzung etc.)
 - **Förderung von kurzfristigen Betreuungsmöglichkeiten** in den Kommunen (Tageseltern oder Babysitter auf Abruf für Notfälle)
-
- **Ehe und Erziehung stärken:**
Eltern erbringen eine großartige Erziehungsleistung. Dennoch gibt es Grenzen, an denen man unterstützende Hilfe braucht. Dasselbe gilt für die **Ehe**. Die Scheidungsrate ist mittlerweile rückläufig und die durchschnittliche Ehedauer steigt seit Jahren wieder an. Um das zu fördern, sollte man Paare auf ihrem Weg noch besser unterstützen und das partnerschaftliche und ausgeglichene Eheleben weiter stärken. **Daher wird die Ehe- und Erziehungsberatung ausgeweitet.**

 - **kinderreicher Familien fördern:**
Mehr als ein Viertel aller Kinder wachsen in kinderreichen Familien auf. Dennoch sind sie in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend marginalisiert. Sie sind in besonderer Weise von Diskriminierung und gesellschaftlichen Vorurteilen betroffen. Auf der anderen Seite leisten sie einen unschätzbaren Beitrag zur demografischen Stabilisierung der Familien.
 - Das Land trägt durch eine **verstärkte Öffentlichkeitsarbeit** für eine verbesserte Akzeptanz kinderreicher Familien bei.
 - Es wird **empirisch erhoben**, wo die **spezifischen familienpolitischen Bedürfnisse für kinderreiche Familien** liegen.

 - **Eltern in Kindertagesstätte und Grundschule einbinden:**
Eltern sind Bildungs- und Erziehungspartner von Eltern und Kindertagesstätten bzw. Schulen. Daher sollen neue **Projekte und Netzwerke** gefördert werden, die **Eltern stärker als bisher in die Abläufe von Kindertagesstätten** (z.B. Familienzentren) **und Schulen mit einbeziehen** und für die Kinder den Übergang zwischen Kindertagesstätte und Grundschule verbessern.

4. Wir stärken den Standort Rheinland-Pfalz durch Investitionen in die Infrastruktur

- **Landesstraßen:**

Der Rechnungshof stellte 2016 beim Landesstraßenbau einen **Sanierungsstau von rund 1 Milliarde Euro** fest. Die Buchwerte des Anlagevermögens sind rückläufig, der Wertverlust durch Abschreibungen wurde ab dem Jahr 2012 nicht mehr durch Investitionen ausgeglichen. **4.000 km oder 55% des gesamten Netzes sind in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand.** Den reinen Erhaltungsbedarf hierfür beziffert der Landesrechnungshof in seinem Gutachten aus dem Jahr 2015 mit 89 Mio. Euro. Darüber hinaus gibt es Neubauprojekte mit bereits bestehendem Baurecht. Dieses darf nicht verfallen, weil die Investitionen nicht getätigt werden.

Wir fordern deshalb eine Erhöhung der Mittel für das Jahr 2017 in Höhe von 9 Mio. Euro und für das Jahr 2018 in Höhe von 18 Mio. Euro, um den Investitionsstau schrittweise abbauen zu können. Durch die Erhöhung der Mittel können weitere Projekte finanziert und abgeschlossen werden.

Gleichzeitig wollen wir jährlich die Mittel für die externen Ingenieurleistungen um 2 Mio. Euro erhöhen. Denn durch die seit Jahren mangelhafte Ausstattung des Verkehrsetats durch die SPD-geführten Landesregierungen hat der LBM mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die Personalsituation beim LBM – insbesondere bei den Ingenieuren – ist sehr angespannt, sodass der LBM derzeit nicht in der Lage ist, genügend Projekte zu planen und durchzuführen. Die neu geschaffenen Ingenieursstellen sind nicht besetzt und werden wohl in absehbarer Zeit nicht alle besetzt sein. Externe Ingenieurbüros müssen deshalb verstärkt beauftragt werden, damit für Rheinland-Pfalz vorgesehenes Bundesgeld nicht verfällt, sondern investiert und verbaut wird.

- **Kommunaler Straßenbau:**

Der **kommunale Straßenbau** (Kreisstraßen) ist vom Land in der Vergangenheit mindestens so vernachlässigt worden wie der Bau bzw. die Instandhaltung von Landesstraßen. Der gleichbleibende Haushaltsansatz deckt nicht einmal die Kostensteigerungen ab. **Deshalb wollen wir eine deutlicher Steigerung der Haushaltsmitte: Für das Jahr 2017 zusätzliche 4,5 Mio. Euro, für das Jahr 2018 9 Mio. Euro.**

- **Mittelrheinbrücke:**

Der Bau der **Mittelrheinbrücke** ist eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte des Landes. Die neue Landesregierung hat den Bau der Brücke angekündigt. Folglich ist der Bau vom Land voranzubringen und in einem ersten Schritt die **Finanzierung des Raumordnungsverfahrens sicherzustellen**. Damit dies so schnell wie möglich erfolgen kann, sollen die haushälterischen Voraussetzungen in einem eigenen Titel geschaffen werden.

- **Förderungen von Innovationen in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft:**

Innovationen setzen aktuelle Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen um. Damit sind sie ein entscheidender Treiber für Investitionen, Produktivität und Beschäftigung sowie die Wettbewerbsfähigkeit in unserem Land.

Innovationsgutscheine sind ein Förderinstrument, das den Innovationsstandort Rheinland-Pfalz insgesamt stärken kann. Sie fördern unbürokratisch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Planung und Umsetzung von neuen innovativen Produkten, Produktionsverfahren und Dienstleistungen. Gerade vor dem Hintergrund immer dynamischer Innovationszyklen tragen sie somit dazu bei, dass sich KMUs dauerhaft erfolgreich am Markt etablieren können. Einfache Antragsunterlagen mit geringem Aufwand für den Antragssteller und kurze Bearbeitungsfristen sind hierfür zwingende Voraussetzung. **Hierfür stellen wir im Doppelhaushalt 3 Mio. Euro bereit.**

5. Wir stärken die Kommunen durch eine bessere Finanzausstattung

- **Integrationsmittel des Bundes:**

Das Land hat die vom Bund zur Verfügung gestellten **Integrationsmittel von insgesamt 288 Mio. Euro nur zu einem Drittel im Jahr 2016 an die Kommunen weitergegeben**. Da diese jedoch die Hauptlast der Integration tragen, steht diesen mindestens die Hälfte der Bundesmittel zu. Zusätzlich zu den im Jahr 2016 an die Kommunen gezahlten 96 Mio. Euro **fordern wir, dass im Jahr 2018 weitere 48 Mio. Euro an die Kommunen gezahlt werden.**

- **Weiterleitung der Bundesmittel für die Entlastung der Kommunen:**

Es war erklärter Wille des Bundesgesetzgebers, dass die mit dem „Bundesgesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen“ verfolgte **Entlastung der Kommunen** in Höhe von 5 Mrd. Euro **vollumfänglich den Kommunen zugutekommt**. Dem Vernehmen nach war dies auch ausdrücklich Teil der Vereinbarung der Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzlerin im Sommer 2016.

Ein Teil der Entlastung erfolgt über die Erhöhung des Umsatzsteueranteiles der Länder. Die ist dadurch begründet, dass über diesen Weg eine prozentuale Besserstellung von Rheinland-Pfalz und Thüringen möglich war, da diese beiden Länder bei den ersten beiden Verteilungsmodi deutlich im Nachteil waren. **Auch die Erhöhung des Länderanteiles an der**

Umsatzsteuer i.H.v. 1 Mrd. Euro sollte deshalb an die Kommunen weitergeleitet werden. Rheinland-Pfalz enthält von dieser Mrd. 48 Mio. Euro. Mit dem von den Regierungsfractionen eingebrachten und mit deren Stimmen verabschiedeten Landesgesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes, des Landesfinanzausgleichgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes (Drs. 17/1514) werden die Mittel jedoch nur in Höhe des Verbundsatzes an die Kommunen weitergeleitet (insgesamt 10.080.000 Euro). **Die vom Bund an das Land gezahlten 48 Mio. Euro müssen aber aus den oben genannten Gründen vollumfänglich an die Kommunen weitergeleitet werden.**